



**Ralf Dahrendorf**

## Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik?

*Sechs Anmerkungen*



### **Erstens: Erklärungen**

Wer in diesem Jahr 2009 von "der Krise" spricht, braucht seinen Lesern oder Zuhörern nicht zu erklären, wovon die Rede ist. Einen Namen für die Geschichtsbücher hat das Ding dennoch einstweilen nicht. "Es" begann als Finanzkrise, wuchs sich dann zur Wirtschaftskrise aus und wird mittlerweile von vielen als tiefergehende soziale, vielleicht auch politische Wendemarke gesehen. Die Erklärungen des sozialökonomischen Einbruchs sind denn auch so vielfältig wie die Reaktionen auf die Krise. Sie reichen vom Überspezifischen zum Übergenerellen und verwirren mehr, als sie wirklich erklären.

Am überspezifischen Ende des Spektrums steht die These, alles was seit (September) 2008 in der Weltwirtschaft geschehen sei, ginge auf die Entscheidung der amerikanischen Regierung zurück, die Bank Lehman Brothers nicht vor der Insolvenz zu bewahren. Diese Entscheidung wird zudem zurückgeführt auf persönliche Animositäten zwischen dem Lehman-Chef Richard Fuld und dem damaligen Finanzminister Henry Paulson. Eine einzelne Entscheidung habe also einen Dominoeffekt ausgelöst, der zuerst die Finanzwirtschaft, dann die Realwirtschaft erschütterte. Das hätte aber vermieden werden können, wenn die in den USA Verantwortlichen den europäischen Weg der Bankenrettung mit öffentlichen Mitteln gewählt hätten.

Am anderen Ende des Erklärungsspektrums steht die Rede vom "System", das nun zusammenbreche. Hatte nicht Karl Marx schon prophezeit, dass es mit dem Kapitalismus ein schlimmes Ende nehmen werde? Das war zwar vor anderthalb Jahrhunderten, in denen allerlei geschehen ist, aber manche kümmert die kleine Verzögerung wenig. Sie sehen ein System kollabieren und sind darüber weder sonderlich überrascht, noch sonderlich betrübt. Zwischen den Extremen gibt es allerlei politisch-ökonomische Erklärungen im Angebot. Auf der ökonomischen Seite ist vor allem der Hinweis auf die Unsitten des Immobilienhandels in der angelsächsischen Welt verbreitet. Hypotheken von 120 Prozent des Marktwertes von Häusern (in Erwartung zukünftiger Wertsteigerungen) waren eben unhaltbar. Das Risiko wurde auch durch trickreiche neue Finanzinstrumente nicht geringer; im Gegenteil. Und die Bankiers, unterstützt von zahlreichen Beratern, haben ihre Kunden hinters Licht geführt. Oft wussten sie möglicherweise nicht einmal, was sie taten. Am Ende wurden Finanztransaktionen so "deriviert", dass jeder Realbezug verlorenging.

Hier beginnen dann die eher politischen Erklärungen. Wer ist an der Malaise schuld? Die Bankiers natürlich, unter die sich ein paar regelrechte Be trüger wir Bernard Madoff geschlichen hatten. Schuld sind aber auch die Politiker, die die Mode der Deregulierung so weit trieben, dass am Ende niemand mehr kontrollieren konnte, was auf den Finanzmärkten geschah. Der Glaube, der Markt würde das schon regeln, wuchs sich zum fundamentalistischen Irrglauben aus. Eine neue Version des Nachtwächterstaates machte sich breit.

Wenn die Erklärungen eines Phänomens so vielfältig werden, tut es gut, die Ruhe zu bewahren. Offenkundig wissen wir noch gar nicht, wohin die Krise führt. Wir wissen nicht, wie lange sie dauern wird und haben nur vage Vorstellungen von der Welt danach. Im Folgenden wird daher eine Erklärungsform der Krise verfolgt, die Mentalitäten beschreibt. Der alte Begriff soll darauf hinweisen, dass es vorherrschende Wertvorstellungen gibt, tonangebende Einstellungen der Menschen. Nicht nur die wenigen Akteure etwa des Finanzmarktes teilen solche Mentalitäten, sondern ihre Kunden, die neuerdings gerne zitierten "kleinen Anleger" auch. In der Tat handelt es sich um verhaltensprägende Leitkulturen, die bei Minderheiten beginnen, dann aber ganze Gesellschaften erfassen.

### **Zweitens: Sparkapitalismus, Pumpkapitalismus**

Die hier verfochtene These ist, dass wir einen tiefgehenden Mentalitätswandel erlebt haben und dass jetzt, in Reaktion auf die Krise, wohl ein neuerlicher Wandel bevorsteht. Man kann dem hinter uns liegenden Wandel einen simplen Namen geben: Es war ein Weg vom Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus. (Ich habe diesen Weg vor einem Vierteljahrhundert beschrieben.<sup>1</sup> Es geht also um vorherrschende Einstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft. Das sind nicht etwa nur Einstellungen der Unternehmer und Manager aller Art, sondern auch der Verbraucher, also der meisten Bürger. Das ist wichtig, auch wenn viele es nicht gerne hören, weil sie lieber ein paar Schuldige an den Pranger stellen wollen, als Selbstkritik zu üben.

Die Mentalitäten, von denen hier die Rede ist, haben etwas zu tun mit Max Webers Analyse Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die brillante Schrift hat ihre Schwächen, Richard Henry Tawney hat schon früh gezeigt, dass es auch in katholisch geprägten Gegenden Kapitalismus gab.<sup>2</sup> Plausibel bleibt jedoch Webers These, dass der Anfang des kapitalistischen Wirtschaftens eine verbreitete Bereitschaft verlangt, unmittelbare Befriedigung aufzuschieben. Die kapitalistische Wirtschaft kommt nur in Gang, wenn Menschen zunächst nicht erwarten, die Früchte ihres Tuns genießen zu können. In jüngerer Zeit ist diese Wirkung häufig eher durch staatlichen Zwang erzielt worden. Russland, auch China haben diesen "sowjetischen" Weg genommen. Es lässt sich aber argumentieren, dass es in Teilen Europas eine Zeit gab, in der religiöser Glaube Menschen zum Verzicht und zum Sparen trotz harter Arbeit anhielt. Im calvinistischen Protestantismus zumal galt das Jenseits als der Ort der Belohnung für den Schweiß der Arbeit im Diesseits.

Max Weber hatte England und Amerika im Sinn, als er derlei schrieb, wobei er für die luthersche Variante Raum fand. Auch gibt es in Europa noch sehr alte Leute, die sich an eine Zeit erinnern können, als Arbeit und Sparen die prägenden Lebensmaximen waren. (In den Vereinigten Staaten haben Veränderungen schon früher, gleich nach dem Ersten Weltkrieg, begonnen.) Seitdem aber hat überall ein Mentalitätswandel stattgefunden, den Daniel Bell in seinem Buch *Cultural Contradictions of Capitalism* in mehreren Aufsätzen beschrieben hat. Sein Thema dort ist "die Entwicklung neuer

Kaufgewohnheiten in einer stark auf Konsum angelegten Gesellschaft und die daraus resultierende Erosion der protestantischen Ethik und der puritanischen Haltung".

Das Buch erschien 1976. Schon damals sah Bell ein explosives Paradox im Kapitalismus. Auf der Seite der Produktion werden weiter die alten Werte von Fleiß und Ordnung verlangt; aber der Antrieb der Produktion ist in zunehmendem Maße "materialistischer Hedonismus und psychologischer Eudaimonismus". Mit anderen Worten, der entwickelte Kapitalismus verlangt von den Menschen Elemente der protestantischen Ethik am Arbeitsplatz, aber das genaue Gegenteil jenseits der Arbeit, in der Welt des Konsums. Das Wirtschaftssystem zerstört gleichsam seine eigenen Mentalitätsvoraussetzungen.

Als Bell das schrieb, war der nächste Schritt der Wirtschaftsmentalität noch nicht getan, nämlich der vom Konsumwahn zum fröhlichen Schuldenmachen. Wann begann dieser Weg? In den achtziger Jahren gab es jedenfalls schon Menschen, die für ein paar hundert Mark auf eine sechswöchige Weltreise gingen und deren tatsächliche Kosten noch abzahlten, als schon niemand von ihren Freunden und Bekannten die Dias mehr sehen wollte, die sie in Bangkok und Rio gemacht hatten. Daniel Bell spricht zu Recht vom Ratenzahlen als dem Sündenfall. Nun begann der Kapitalismus, der schon vom Sparkapitalismus zum Konsumkapitalismus mutiert hatte, den fatalen Schritt zum Pumpkapitalismus.

Genau hier liegt denn auch der Schritt vom Realen zum Virtuellen, von der Wertschöpfung zum Derivathandel. Die Haltung, die sich ausbreitete, erlaubte den Genuss nicht nur vor dem Sparen, sondern überhaupt vor dem Bezahlen. "Enjoy now, pay later!" wurde zur Maxime. Sie erfasste alle Bürger, auch die, die das heute nicht gerne hören. Sie wurde dann aber zur Einladung an die subtilen Konstruktionen derer, die sich darauf kaprizierten, aus Geld Geld zu machen. Genauer gingen die daran, aus Geld, das ihnen nicht gehörte und das es vielleicht gar nicht gab, Geld zu machen, das sie in die Welt der Superreichen katapultierte.

Eine Frage eigenen Reizes wäre, welche Folgen der fortgeschrittene Pumpkapitalismus für die Wertschöpfung, also die sogenannte Realwirtschaft, hatte. Mussten die letzten Anhänger einer protestantischen Ethik importiert werden? Oder musste die Produktion selbst exportiert werden zu denen, die noch nicht vom Pumpkapitalismus befallen sind? Oder lässt der "protestantische" Teil der Wirtschaft sich wegrationalisieren, elektronisieren? Sicher ist indes, dass der hier angedeutete Mentalitätswandel instabil ist. Alles Schuldenmachen hat Grenzen. Das eben ist ja die Erfahrung der Krise, in der zugleich die Versuchung wächst, private durch öffentliche Schulden zu ersetzen.

### **Drittens: Global oder weltweit**

Manche sehen die Krise im Zusammenhang mit einem Prozess, der ihnen ohnehin unheimlich ist, nämlich der Globalisierung. Richtig ist, dass die universelle Verfügbarkeit von Information und der Abbau von Grenzen einschließlich des Eisernen Vorhangs den Aktionsradius des Pumpkapitalismus enorm erweitert hat. Richtig ist auch, dass diese Erweiterung Regulierung erschwert und insoweit zum Beispiel die Entwicklung raffinierter Finanzinstrumente erleichtert hat. Richtig ist zudem, dass der Dominoeffekt im Zeichen der Globalisierung noch ausgeprägter ist als

schon in der Zeit der großen Freihandelsrunden ("Kennedy-Runde", "Nixon-Runde"). Dennoch ist vor einem folgenschweren Irrtum zu warnen.

Manche politischen Führer glauben, die Krise selbst sei global und könne daher nur durch globale Entscheidungen überwunden werden. Dies ist jedenfalls die Meinung des britischen Premierministers Gordon Brown, wengleich nicht die des amerikanischen Präsidenten Barack Obama. Die Rede von der globalen Krise verkennt jedoch einen wichtigen Unterschied. Im strengen Sinn global sind nämlich nur Probleme, die alle auf der Erde betreffen und daher allein durch gemeinsames Handeln bewältigt werden können. Das wichtigste zeitgenössische Beispiel ist der Klimawandel. Andere Fragen sind nicht so sehr global wie weltweit in ihren Auswirkungen. Entwicklungen werden vielerorts in der Welt spürbar, aber sie sind nicht dieselben in den USA und China, in Frankreich und Polen. Ihre Bewältigung mag daher von einer gewissen Koordination profitieren, verlangt aber grundsätzlich nationale, auch regionale, zum Beispiel europäische Lösungen.

Man kann darüber streiten, ob die Bankenkrise eine globale Erfahrung ist. Wenn sie als "systemisch" bezeichnet wird, ist ja gemeint, dass viele andere Aspekte der Wirtschaft untrennbar sind von der Fähigkeit der Banken, Kredite in einem Klima des Vertrauens zu geben. Es könnte daher sein, dass nur globales Handeln das Vertrauen in die Banken wiederherstellen kann.

Für die Krise im allgemeineren Sinn, also die Rezession und den Einbruch der Mentalität des Pumpkapitalismus, gilt das jedoch nicht. Gewiss wirken sich auch hier wechselseitige Abhängigkeiten von Volkswirtschaften aus. Es kann Dominoeffekte des Abschwungs und umgekehrt sich ausbreitende Aufschwungzeichen geben. Das aber bestätigt nur den weltweiten Charakter der Krise, die komplizierte Vernetzung von Unternehmen und ganzen nationalen Ökonomien; es schafft hingegen kein globales Problem von der Art des Klimawandels.

Es ist daher auch nicht möglich, durch einen globalen Kraftakt die Krise zu bewältigen. In gewisser Weise würde ein Kraftakt der nach wie vor dominanten Vereinigten Staaten zureichen. Es ist insofern auch ein Irrtum zu meinen, dass alle Staaten dasselbe tun müssen, um Vertrauen wiederherzustellen und die Konjunktur in Gang zu bringen. Internationale Treffen sind wichtig, um "Beggary thy neighbour"-Politiken zu vermeiden, also die Wahrscheinlichkeit einzudämmen, dass allzu viele nationale Entscheidungen auf Kosten der Nachbarn getroffen werden. Was aber im Einzelnen angemessen ist, das lässt sich nicht generell festlegen.

Das ist kein Argument gegen weltweite Regeln. Auch hier allerdings empfiehlt es sich, genau zu sein. Regeln entstehen nicht aus dem herrschaftsfreien Diskurs aller Betroffenen. Sie verlangen vielmehr nach einer Garantiemacht, die Sanktionsmechanismen stützt. Hier liegt die große Schwäche der Eurozone in ihrer bisherigen Form, also einer Bank, die nicht eingebunden ist in einen politischen Prozess (wie es die Bundesbank immer war). Weltweit bedeutet es, dass es kein "neues Weltwirtschaftssystem" geben wird, wenn die Vereinigten Staaten sich aus der Rolle einer Garantiemacht zurückziehen. Die Welt von Bretton Woods mit der Weltbank und dem Währungsfonds (und zumindest indirekt auch der Welthandelsorganisation) war jedenfalls eine amerikanische Welt. Sie war kein globales, sondern ein von den USA garantiertes weltweites Regelwerk.

Die hier vorgeschlagene Unterscheidung von globalen und weltweiten Problemen — und Lösungen — ist also von beträchtlicher praktischer Bedeutung. Wenn wir die globale Aufgabe der Kontrolle des Klimawandels nicht in für alle verbindlicher Weise anpacken, folgt ein globales Desaster. Die Krise hingegen verlangt ein paar strategische Entscheidungen, möglicherweise vor allem in einigen Ländern, deren "ripple effect" sich weit, vielleicht weltweit, ausbreitet. Für die Thematik internationaler Konferenzen und Aktionen ist die Unterscheidung unentbehrlich.

#### **Viertens: Volkszorn und Wandel**

Im günstigen Fall sind Krisen reinigende Gewitter. Es könnte also sein, dass die gegenwärtige Krise eine Veränderung der Mentalitäten befördert, an deren Ende eine nachhaltigere Einstellung des Handelnden steht, als der Pumpkapitalismus sie erlaubte. Die sozialen Mechanismen, die zu solchen Veränderungen führen könnten, sind jedoch nicht offenkundig. Es sieht jedenfalls nicht so aus, als ob politische Bewegungen entstehen, die alternative Zukunftsentwürfe mit einiger Hoffnung auf breite Unterstützung anbieten könnten. Insbesondere fällt auf, dass in den meisten Ländern weder die extreme Rechte noch die extreme Linke sonderlich von der Krise profitiert. Der Grund dafür ist einfach: Die Krise kennt zwar Opfer, hat aber keine neue politisch-soziale Kraft geschaffen, die im Namen eines erfolgversprechenden Zukunftsbildes den Wandel der Mentalitäten betreibt.

Für den Sozialwissenschaftler ist dies nicht überraschend. Er denkt bei der Untersuchung der Krise weniger an das *Kommunistische Manifest als an Die Arbeitslosen von Marienthal* (1933). Die Studie von Marie Jahoda und anderen hat angesichts der großen Krise vor achtzig Jahren gezeigt, dass Menschen, die alles verlieren oder zu verlieren befürchten, eher apathisch als aktiv werden. Sie sind allerdings — ein Gedanke, der übrigens auch im *Kommunistischen Manifest* steht — mobilisierbar. Sie sind willige Opfer von Demagogen, die sie in geeigneten Situationen dazu bewegen, aufzustehen und zu protestieren. Solche Situationsproteste sind zudem häufig mit Gewalt verbunden.

Der britische Polizeichef, der unlängst im Blick auf die kommenden Monate vor einem "Sommer der Gewalt" gewarnt hat, mag die Kritik der Regierung an seiner "aufwiegelnden" These verdient haben, könnte aber trotzdem Recht behalten. Zwei Reaktionen von Menschen sind absehbar. Die eine ist eine verbreitete Individualisierung sozialer Konflikte. Das heißt, um Fraktur zu reden, Verletzungen von Recht und Ordnung, Einbrüche, Überfälle. Das andere ist der kollektive Unwille in Form von gewaltsamen Ausschreitungen, wo immer Menschen in großer Zahl zusammenkommen, beim Fußball also, bei Popkonzerten, bei politischen Demonstrationen, aber auch beim Karneval.

Hinter solchen Ausbrüchen steckt ein diffuser Zorn vieler Menschen angesichts einer weithin unverständlichen Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse und Erwartungen. Meist gehört dazu noch eine Portion Angst; immer aber wird diese begleitet von einem Gefühl der Ohnmacht. Da ist dann die Suche nach Schuldigen nicht weit. An den Pranger sollen die Bankiers, wenn sie schon nicht geteert und gerädert werden können! Die Politiker am liebsten gleich noch dazu! Wie kann es sein, dass die Schuldigen mit einer Pension von 20 Millionen Euro nach Italien entschwinden, während die Zahl der Arbeitslosen jeden Monat steigt und viele auf liebgeordnete Dinge verzichten müssen? An die Stelle der klassischen Politik der Parteien tritt ein diffuser Volkszorn.

Auch so kann indes Veränderung in die Wege geleitet werden. Die Maßnahmen, die von Regierungen gefordert und vielfach ergriffen werden, sind ja nur ein Teil des Wandels, den die Krise auslöst. Schon wegen ihres kurzfristigen Charakters sind sie nicht einmal der wichtigste Teil, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass sie oft neue Probleme schaffen. Die Grundstimmung von Zorn und Misstrauen jedoch wird sich so rasch nicht legen. Sie zwingt die Handelnden zu einer Veränderung ihres Verhaltens. Hier und da verzichtet einmal jemand auf einen Bonus. Es gibt sogar Finanzmanager und Politiker, die sich entschuldigen für die Wirkungen ihres Tuns. Aktionäre werden aufmerksamer. Der demonstrative Reichtum der wenigen wird zumindest weniger sichtbar. Die Medien erinnern an schlechtere Zeiten und daran, wie man alte Kleidung repariert und wie man Petersilie im Balkonkasten anpflanzt. Manche meinen, die Glitzerwelt der Spekulation gebe wieder einem Sinn für Realitäten und für Dauer Raum.

### **Fünftens: Eine neue Zeit**

Da stellt sich die Frage, wie die Welt nach der Krise aussehen wird. Darüber im Frühjahr 2009 ernsthaft zu reden, ist ein verwegenes Unterfangen. Immerhin sind eine Reihe von Entwicklungen zumindest sehr wahrscheinlich. Die Krise wird noch eine Weile dauern. Zwei Jahre? Drei Jahre? Wenn der Abschwung — eher Absturz — zu Ende geht, werden die meisten entwickelten Länder beträchtlich ärmer sein. (Zudem wird die Verarmung nicht alle Bürger gleichmäßig treffen.) Eine neue Phase des wirtschaftlichen Wachstums wird vermutlich sehr viel langsamer vonstatten gehen, als es im vergangenen Jahrzehnt der Fall war. In vielen Ländern wird zudem eine große Schuldenlast die Früchte des Wachstums auffressen. Es wird neue Steuern geben. Vielfach wird ein großer Inflationsschub vor allem die weniger Betuchten treffen.

Die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft sind also vielerorts und gerade in Europa nicht sonderlich erfreulich. Sie könnten aber auch zum Anlass einer veränderten Mentalität werden. Deren Kern ist ein neues Verhältnis zur Zeit.

Ein Merkmal des fortgeschrittenen Pumpkapitalismus war ja die außerordentliche Kurzatmigkeit allen Handelns. Im Extremfall der Derivatehändler bedeutete das, dass sie fiktives Geld schon weitergereicht hatten, bevor sie auch nur die Frage stellen konnten, welche realen Werte möglicherweise dahinterstecken. Das war jedoch nur Teil einer allgemeinen Hast. Kaum war eine Transaktion beendet, da gab es schon Bonuszahlungen für die Beteiligten. Über Entwicklungen von Unternehmen wurde nicht mehr jährlich, sondern vierteljährlich und oft in noch kürzeren Abständen berichtet. Spitzenmanager traten nicht mehr mit langfristigen Perspektiven an; viele wurden nach erstaunlich kurzer Zeit mit einem goldenen Händedruck verabschiedet. Politiker beklagen sich zwar über das kurzfristige Denken, teilten aber zunehmend dessen Schwächen.

Ein neues Verhältnis zur Zeit müsste denn auch an der Spitze beginnen. Die Frage der Managergehälter — eine der Quellen des Volkszorns — wird in dem Augenblick lösbar, in dem Einkommen an längerfristige Errungenschaften gekoppelt werden. Bei dieser Gelegenheit sollten Aufsichtsräte und andere Verantwortliche dann auch Nachfolgeregelungen finden, die den wenig transparenten Wechsel an der Spitze von Unternehmen normalisieren. Mittelfristiges Denken an der Spitze von Unternehmen führt notwendig zu durchdachteren Planungen und überdies zu mehr

Berechenbarkeit für die Beschäftigten angesichts der Zumutungen der Flexibilität, die moderne Wirtschaften von allen verlangen.

Bei dieser Gelegenheit kann dann auch ein Begriff wieder in das Zentrum der Entscheidungen gerückt werden, der in den Jahren des extremen Pumpkapitalismus in Vergessenheit geraten ist, nämlich der Begriff "stakeholder". Damit sind alle gemeint, die vielleicht keine Anteile an Unternehmen haben, also keine "shareholder", wohl aber am erfolgreichen Fortbestand von Firmen existentiell interessiert sind: Dazu gehören Zulieferer und Kunden, vor allem aber auch die Bewohner der Gemeinden, in denen Unternehmen tätig sind. Für sie ist nicht so sehr Mitbestimmung wie die Anerkennung ihrer Interessen durch das Management wichtig, und dieses wiederum setzt voraus, dass die Führenden über den Tellerrand hinausblicken und nicht nur die Gewinne und Bonuszahlungen des nächsten Quartals im Auge haben.

Mit neuen Zeitperspektiven hat es dann auch die Bewältigung der im strengen Sinn globalen Fragen zu tun. An der Politik zur Bekämpfung des Klimawandels — vielmehr am Fehlen einer solchen Politik — lässt sich erkennen, ob kurz- oder mittelfristiges Denken die Handelnden bestimmt. Vielleicht sind einschneidende Ereignisse nötig, um zukunftsfähiges Handeln zu befördern. Bangladesch, ja Holland muss möglicherweise in den Fluten des Meeres versinken, bevor die Botschaft von Al Gore oder Nicholas Stern sich durchsetzt.<sup>3</sup> Ein neues Verhältnis zur Zeit in Wirtschaft und Gesellschaft ist also der zentrale Mentalitätswandel, der aus der Krise hervorgehen könnte. Es wird neuerdings viel von Vertrauen und Verantwortung geredet. Beide sind nötig; beide setzen aber voraus, dass das extrem kurzfristige Denken der Führenden aufhört. Damit das geschieht, muss das Management von seiner abgehobenen Position erlöst und wieder auf diejenigen bezogen werden, für deren Wohl und Wehe Entscheidungsträger verantwortlich sind. Um diesen Mentalitätswandel zu befördern, sind teils reale, teils auch symbolische Maßnahmen nützlich. Realistische und begründbare Managereinkommen leisten beides; sie sind insofern ein wichtiger Ansatzpunkt. Auf längere Frist ist auch eine Rekonstruktion des Sozialstaates mit einer finanzierbaren Kombination von Flexibilität und Sicherheit unausweichlich. Es gibt andere praktische Veränderungen, die dokumentieren würden, dass neue Zeitperspektiven die politische Ökonomie bestimmen.

### **Sechstens: Verantwortlicher Kapitalismus**

Sollte es also eine Rückkehr zur protestantischen Ethik seligen Andenkens geben? Ist eine solche Rückkehr wahrscheinlich? Die Antwort auf die letztere Frage muss wohl lauten: eher nicht. Damit wird die erstere Frage hinfällig. Was nicht sein kann, soll auch nicht sein. Hinter Keynes werden wir moderne Volkswirtschaften nicht zurückdrehen, und nach Keynes hat das Denken in Ewigkeiten mit der Hoffnung auf Entlohnung im Jenseits seinen Reiz und seine Kraft verloren. Aus gutem Grund war hier im Zusammenhang der neuen Zeitperspektiven wiederholt von der mittleren, nicht der langen Frist die Rede. Es geht um überschaubare Zeiträume, also Jahrzehnte, nicht Jahrhunderte.

Ein Zurück zur protestantischen Ethik wird es also nicht geben. Wohl aber ist eine Wiederbelebung alter Tugenden möglich und wünschenswert. Ganz wird man Daniel Bells Paradox des Kapitalismus nicht auflösen: Der Antrieb des modernen Kapitalismus liegt in Präferenzen, die die Methode des modernen Kapitalismus nicht gerade stärken. Weniger abstrakt formuliert: Arbeit, Ordnung, Dienst, Pflicht bleiben Erfordernisse der Voraussetzungen des

Wohlstandes; der Wohlstand selbst aber bedeutet Genuss, Vergnügen, Lust und Entspannung. Menschen arbeiten hart, um im strengen Sinn überflüssige Dinge zu schaffen. Da tut es gut, an Ludwig Erhards ständige Mahnungen zum Maßhalten zu erinnern. Es ist auch wichtig, dass Menschen den Bezug zu unentbehrlichen Elementen des Lebensstandards — in diesem Sinne zu Realitäten — nicht verlieren.

Hat die Welt nach der Krise einen Namen? Das Fragezeichen, mit dem diese Anmerkungen begonnen haben, bleibt bestehen. Allzu viele Ungewissheiten verbieten die entschiedene Stellungnahme für den einen oder anderen Begriff. Zum Sparkapitalismus werden wir nicht zurückkehren, wohl aber zu einer Ordnung, in der die Befriedigung von Bedürfnissen durch die nötige Wertschöpfung gedeckt ist. Der "rheinische Kapitalismus", also die Konsenswirtschaft der Großorganisationen, hat wahrscheinlich ausgedient. Sogar die Frage muss erlaubt sein, ob das System der Mitbestimmung irgend hilfreich war und ist bei der Bewältigung der Krise. Wenn die Frage nicht eindeutig bejaht werden kann, ist neues Nachdenken über die Formen der Berücksichtigung der "stakeholder" nötig. Der Pumpkapitalismus muss jedenfalls auf ein allenfalls erträgliches Maß zurückgeführt werden. Nötig ist so etwas wie ein "verantwortlicher Kapitalismus", wobei in dem Begriff der Verantwortung vor allem die Perspektive der mittleren Fristen, der neuen Zeit, steckt.

Aber Namen sind Schall und Rauch. Es spricht viel dafür, über reale Entwicklungen und nicht über Begriffe zu reden. Der schwammige, selten definierte Begriff der "sozialen Marktwirtschaft" leistet für alle praktischen Zwecke genug. (Man kann allenfalls bedauern, dass Angela Merkel sich mit ihrem Vorschlag einer "neuen sozialen Marktwirtschaft" nicht hat durchsetzen können.) Worauf es ankommt, ist, dass vor lauter Konjunkturpaketen und Rettungsschirmen der Blick auf die Zeit nach der Krise nicht getrübt wird. In diesen Jahren entscheidet sich, in welcher Welt die nächste Generation der Bürger freier Gesellschaften leben wird.

---

<sup>1</sup> In: Ralf Dahrendorf, *Reisen nach innen. Aspekte der Zeit*. Stuttgart: DVA 1984.

<sup>2</sup> Tawneys *Religion and the Rise of Capitalism* (1926) argumentiert, dass die Marginalisierung der Religion die Entwicklung moderner Wirtschaftsgesellschaften gefördert hat.

<sup>3</sup> Vgl. Anthony Giddens, *The Politics of Climate Change*. Oxford: Polity Press 2009.

---

Published 2009-05-05

Original in German

Contribution by Merkur

First published in Merkur 5/2009

© Ralf Dahrendorf/Merkur

© Eurozine